

# Der Textil-Arbeiter

**Bereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!**

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 M., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III  
Telephon: Amt Königsstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 M., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehmß, Berlin O 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

**Inhalt:** Aufw. — Der Deutsche Textilarbeiterverband in den Kriegsmonaten des Jahres 1914. — Soziales. — Berichte aus Fachkreisen. — Junge Frauen (Gebicht). — Briefkasten. — Verbandsanzeigen. Die im Schützengraben und wir. — Frauenversammlungen während des Krieges. — Privat-Anzeigen. — Feuilleton: Für Mutter und Kind.

**Textilarbeiter! Textilarbeiterinnen!** Eine Zeit gewissenhaftester Pflichterfüllung ist gekommen. Das Land unserer Väter, die Stätte unseres Herdes, unseres Familienlebens, wird bedroht mit den Schrecken des Krieges. 18000 unserer Verbandskollegen sind hinausgezogen mit jenen Millionen deutscher Männer, die gerufen wurden an die Grenzen des Landes, um der feindlichen Kriegsfurie zu wehren. Hart, unendlich hart ist die Pflicht, die sie unter täglicher Lebensgefahr zu erfüllen haben. 100 sind es jeden Monat, die von unseren ins Feld gezogenen Verbandskollegen bei der Erfüllung ihrer harten Pflicht verbleichen im tosenden Schlachtenlärm. Und doch, trotz alledem: Ihre Briefe, die sie an uns senden, sie beweisen, daß nicht Kleinmut ihr geistiges Leben beschwert, sondern sie der eiserne Wille beseelt, auszuhalten bis zum erfolgreichen Ende. Nur eine Sorge haben sie: Das ist die Sorge um die Erhaltung der Organisation. Aus jedem Briefe, der aus dem Felde an uns kommt, spricht die Mahnung der im Felde stehenden Verbandskollegen an die Daheimgebliebenen: **Erhaltet uns bloß die Schlagfertigkeit der Organisation!** Diese Mahnung darf nicht überhört werden. Es ist nur ein kleiner Teil unserer Dankeschuld, den wir an jene schwer geprüften Verbandskollegen abtragen, wenn wir durch Erfüllung unserer organisatorischen Pflicht die Waffe scharf halten für den späteren wirtschaftlichen Kampf. Wenn wir den zurückkehrenden Organisationskameraden nach dem Kriege Rechenschaft geben über unser Verhalten zur Organisation, so muß dieses Verhalten so sein, daß sie uns sagen können: **„Ihr seid gute Kameraden! Unsere Erwartungen habt Ihr voll auf erfüllt!“** — Deshalb: **Vorwärts! Erfüllet alle Eure Pflicht!**

### Der Deutsche Textilarbeiterverband in den Kriegsmonaten des Jahres 1914.

Der Weltkrieg hat auch unserem Verbandsleben seinen Stempel aufgedrückt. Leider waren es meist unerfreuliche Erscheinungen, die auftraten. Als der Krieg ausbrach, schwirrten die abenteuerlichsten Gerüchte herum. Vielfach war die Meinung vertreten, die Organisationen der Arbeiter würden der Auflösung verfallen, oder doch wenigstens zur vollständigen Latenlosigkeit verurteilt sein, weshalb viele glaubten, es sei das Beste, das Verbandsleben für die Dauer des Krieges einzuschläfern. Deshalb auch bei manchen Mitgliedern das Auftreten der irrigen Ansicht, es sei nicht nötig, während des Krieges Beiträge zu zahlen. Die Proklamation des Kaisers, er kenne keine Parteien mehr, faßten manche Mitglieder so auf, als sei damit auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung und Gleichheit der Arbeiter anerkannt und damit die Notwendigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation beseitigt. Die Worte des Kaisers so aufgefaßt hat, hat damit nicht nur eine große staatsrechtliche Unkenntnis offenbart, sondern wird auch, wenn es nicht schon geschehen sein sollte, noch eine große Enttäuschung erleben. Der Kampf um die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiter wird sicher nach dem Kriege weitergeführt werden müssen und selbstverständlich nur dann den Arbeitern Erfolg bringen, wenn sie über kampffähige Organisationen verfügen. Hinsichtlich der Erhaltung solcher kampffähiger Organisationen sah es nun in den ersten Kriegswochen allgemein und bei uns ganz besonders ungünstig aus. Denn nicht nur schwächte die Finanzkraft der Organisation der Ausfall an Beiträgen jener Mitglieder, die zum Kriegsdienst mußten, sondern auch jener, die bei Ausbruch des Krieges arbeitslos wurden. Nachstehend geben wir eine nach Gauen geordnete Zusammenstellung über die in unserer Organisation ermittelte Arbeitslosigkeit in den ersten fünf Kriegsmonaten bekannt:

glieder sind in diesem Monat mehr arbeitslos. Einige Gauen weisen eine beträchtliche Zunahme der Arbeitslosigkeit auf. Es stieg die Arbeitslosigkeit im Dezember gegenüber dem Vormonat im Gau:

Hannover	von 150	auf 837
Cassel	18	101
Crefeld	268	876
Lörrach	188	201
Chemnitz	1126	1905
Neugersdorf	110	158
Berlin	330	644

Bezeichnend ist auch, daß in diesen zwei Monaten in manchen Gauen die weiblichen Mitglieder erheblich mehr von der Arbeitslosigkeit erfaßt wurden wie die männlichen. Vergleicht man die Arbeitslosenziffern der fünf Monate des Kriegsjahres mit denjenigen des Vorjahres, so ergibt sich folgendes Bild. Es waren arbeitslos:

Monat	1913			1914		
	männl.	weibl.	zusammen	männl.	weibl.	zusammen
August	1508	1004	2517	15715	10306	26021
September	1688	911	2599	10147	7427	17574
Oktober	1471	810	2281	5486	4095	9581
November	1423	810	2233	2718	2255	4973
Dezember	2284	954	3238	3284	3794	6781

Die Gegenüberstellung zeigt zunächst einmal, daß auch in den Kriegsmonaten November-Dezember, wo doch die Arbeitslosigkeit gegenüber den ersten zwei Monaten ganz bedeutend zurückgegangen war, im allgemeinen die Standardziffer noch mehr denn 100 Prozent höher war wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Noch erheblich ungünstiger aber verhalten sich die Ziffern der weiblichen Arbeitslosen in diesen fünf Monaten der beiden Jahre zueinander. Nur im Monat August ist das Prozentverhältnis der Arbeitslosigkeit bei beiden Geschlechtern gleich, dann aber senkt sich die Wage immer mehr zuungunsten der weiblichen Mit-

beitskräfte, die vorher in der Hauswirtschaft usw. Beschäftigung gehabt hatten.

Die Arbeitslosigkeit kostete der Organisation natürlich große Summen Geld. In Tabelle A (S. 18) geben wir eine Zusammenstellung der Ziffern über den Umfang der unterstützungsberechtigten Arbeitslosigkeit und der Unterstützungssumme, welche in der Zeit vom 3. August 1914 bis zum 26. Dezember 1914 zur Auszahlung gelangte.

Hier gestatten wir uns die Bemerkung, daß, was ja auch aus der Zusammenstellung hervorgeht, leider niemals das gesamte Verbandsgebiet durch die Statistik erfaßt wird. Wie die Zusammenstellung zeigt, sind es alle Wochen oft weit über 100 kleinere Filialen gewesen, welche trotz aller Ermahnens den Wochenberichtsbogen nicht eingearbeitet haben. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder konnte also auf Grund dieser Wochenberichte nicht restlos mitgeteilt werden, ebenso aber auch nicht die volle Summe der gezahlten Arbeitslosenunterstützung.

In den ersten sieben Wochen der Kriegsperiode zahlte der Verband auch eine Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer aus den Reihen unserer Mitglieder. Es gelangten zur Auszahlung in

der Woche vom	an	1469 Personen	8491 Mkt.
17. 8.	22. 8.	3622	9893
24. 8.	29. 8.	5245	13849
31. 8.	5. 9.	3853	14845
7. 9.	12. 9.	6056	15893
14. 9.	19. 9.	5096	13992
21. 9.	26. 9.	5520	16385
Zusammen		37348	97348

Die Einberufung der zum Kriegsdienst verpflichteten Mitglieder erfolgte in folgender Weise:

Bericht über die Woche vom		Der Bericht umfaßt Proz. der männlichen Mitglieder		Eingezogene Mitglieder	
bis	zum	zum	zum	zusammen	verheiratet
3. 8.	8. 8.	61,0	5540	4048	
10. 8.	15. 8.	82,2	8191	6200	
17. 8.	22. 8.	87,8	10046	7592	
24. 8.	29. 8.	92,9	11803	8879	
31. 8.	5. 9.	89,4	11501	8492	
7. 9.	12. 9.	94,2	11978	9142	
14. 9.	19. 9.	89,9	11514	8792	
21. 9.	26. 9.	78,0	10436	7790	
28. 9.	3. 10.	72,5	10169	7458	
5. 10.	10. 10.	80,3	11225	8095	
12. 10.	17. 10.	82,2	11433	8227	
19. 10.	24. 10.	83,0	11797	8520	
26. 10.	31. 10.	79,2	11663	8190	
2. 11.	7. 11.	83,9	12921	9056	
9. 11.	14. 11.	83,9	13344	9253	
16. 11.	21. 11.	88,1	14054	9831	
23. 11.	28. 11.	91,7	14801	10386	
30. 11.	5. 12.	89,9	14718	10183	
7. 12.	12. 12.	90,2	15209	10967	
14. 12.	19. 12.	86,4	15052	10184	
21. 12.	26. 12.	81,6	14392	9673	

Unter Berücksichtigung dessen, was wir im Anschluß an die Zusammenstellung über die Arbeitslosigkeit und ihrer Unterstützung hinsichtlich der Unvollständigkeit der Berichterstattung gesagt haben, muß auch bei den vorstehenden Ziffern erwähnt werden, daß die wirklichen Ziffern etwas höher sein werden, als die hier verzeichneten. In der Woche vom 21. bis 26. Dezember erstreckt sich die Be-

Gau	August			September			Oktober			November			Dezember		
	männl.	weibl.	zuf.	männl.	weibl.	zuf.	männl.	weibl.	zuf.	männl.	weibl.	zuf.	männl.	weibl.	zuf.
Hannover	466	445	911	125	223	348	66	169	235	46	104	150	321	516	837
Cassel	495	205	700	100	39	139	10	10	20	7	11	18	75	26	101
Crefeld	1100	422	1522	263	62	325	1066	473	1539	183	85	268	534	342	876
Düsseldorf	1835	97	1932	1741	126	1867	904	55	959	719	96	815	302	77	379
Lörrach	211	118	329	232	150	382	176	78	254	70	68	138	151	140	291
Stuttgart	297	195	492	140	75	215	75	38	113	37	35	72	124	107	231
Augsburg	225	297	522	98	208	306	82	189	271	75	227	302	53	189	242
Gera	3472	3518	6990	2298	3086	5384	555	1209	1764	271	595	866	180	482	612
Plaue	2685	1390	4075	1505	343	1848	779	112	891	547	100	647	360	82	442
Chemnitz	1725	398	2123	2217	1405	3622	1282	936	2218	567	559	1126	1071	894	1905
Neugersdorf	684	548	1132	236	399	635	99	322	421	38	72	110	52	106	158
Liegnitz	336	413	749	211	340	551	59	170	229	12	119	131	11	52	63
Berlin	2234	2260	4494	981	971	1952	288	334	617	146	184	330	100	544	644
Summa	15715	10906	26021	10147	7427	17574	5436	4095	9531	2718	2255	4973	3284	3497	6781

Betrachten wir uns zunächst einmal die absoluten Ziffern für das ganze Verbandsgebiet, so sehen wir, daß der Monat August die größte Arbeitslosigkeit aufzuweisen hat. Eine Ausnahme macht nur der Gau Chemnitz, wo die höchste Ziffer der Arbeitslosigkeit erst im September erreicht wird. Bis November sehen wir dann in allen Gauen die Arbeitslosenziffern heruntergehen; die Gesamtziffer der Arbeitslosen beträgt in diesem Monat nur noch 4973. Aber der Dezember bringt schon wieder ein Steigen der Arbeitslosigkeit; rund 1800 Mit-

richterstattung auf 80,7 Proz. der sämtlichen und auf 81,6 Prozent der männlichen Mitglieder. Die für diese 81,6 Proz. der männlichen Mitglieder ermittelte Zahl der zum Kriegsdienst Einberufenen beträgt 14637. Wenn wir für die 18,4 Proz. der männlichen Mitglieder, die nicht von der Berichterstattung erfasst sind, den Anteil der zum Kriegsdienst Eingezogenen in derselben prozentualen Höhe annehmen, wie er bei den von der Berichterstattung Erfassten ermittelt wurde, so ergibt sich die Zahl von 17662 Kollegen, die sich am Schlusse des Jahres 1914 im Kriege befanden. Von diesen hatten bis dahin schon weit mehr denn 500 ihr junges, hoffnungsvolles Leben im Kampfe zum Schutze des heimischen Herdes aushauchen müssen; ungerechnet der vielen, vielen Hunderte, die krank und verwundet daniederliegen. Was für kolossale Entbehrungen, Strapazen und Lebensgefahren haben diese Tausende in den vergangenen Monaten bereits zu ertragen gehabt, um unser Land vor dem Einbruch der kriegerischen Scharen der deutschfeindlichen Regierungen zu bewahren. Man kann es ihnen, die augenblicklich ihr Leben in die Schanze schlagen müssen, während die Daheimgebliebenen in Lebenssicherheit dahinleben, als sei ihnen gar nicht bewusst, was die im Kriege Befindlichen opfern müssen — man kann es jenen Tausenden auf den Kriegsschauplätzen nachfühlen, daß sie sich mit steigender Sorge fragen, was wird aus unserer Organisation, was wird aus unserer Existenz nach dem Kriege, wenn die Daheimgebliebenen die nötige Pflichttreue und Opferwilligkeit gegen die Organisation oftmals vermissen lassen. Es muß leider gesagt werden, daß diese Sorge eine sehr begründete ist.

Mitte Oktober sah sich die Organisationsleitung genötigt, in Gaukonferenzen einen dringenden Appell an die Mitglieder zu richten, weil das Verbandsleben in der Kriegszeit bis dahin einen Schlenker angenommen hatte, daß das Schlimmste zu befürchten war. Um eine laufende Kontrolle über die Einnahmen zu haben, beschlossen die Konferenzen, anlässlich der Berichte in den Berichten der Filialen anzugeben, wieviel Beiträge eingezahlt worden seien und welche Summe diese ergeben haben. Es wurde weiter beschlossen, Extrabeiträge zu erheben, was von Mitte Dezember ab geschah. Die Wochenberichte vom 5. Oktober bis 26. Dezember zeigen nun von der Beitragszahlung folgendes Bild:

Bericht über die Woche vom bis		Reguläre Beiträge	Extrabeiträge
		Mr.	Mr.
5. 10.	10. 10.	19861	—
12. 10.	17. 10.	19775	—
19. 10.	24. 10.	20150	—
26. 10.	31. 10.	19290	—
2. 11.	7. 11.	22314	—
9. 11.	14. 11.	22356	—
16. 11.	21. 11.	24899	—
23. 11.	28. 11.	23832	—
30. 11.	5. 12.	27780	—
7. 12.	12. 12.	25865	—
14. 12.	19. 12.	24739	764
21. 12.	26. 12.	22528	656

Zu berücksichtigen ist auch hier, daß in den Wochenberichten nicht das ganze Verbandsgebiet erfasst worden ist. Immerhin ist es die Einnahme der Filialen mit insgesamt 80—90 Proz. der Verbandsmitglieder. Wir können wohl rund 27 000 M. K. Wocheneinnahme annehmen. Das ist aber eine um rund 20 000 M. geringere Wocheneinnahme, wie wir sie im Durchschnitt der zwei Jahre 1912/13 zu verzeichnen hatten. Die Wocheneinnahme, nur aus Beiträgen, betrug in jener Zeit 47 362 M. Auch das Ergebnis der Extrabeiträge entspricht keineswegs den Erwartungen, die bei dem guten Geschäftsgange, der in vielen Branchen herrscht, allgemein gehegt wurden. Es wird recht großer Anstrengungen bedürfen, um hier ein Resultat zu zeitigen, auf das unsere Organisation stolz sein kann.

Sehen wir uns die Mitgliederbewegung an, so gibt das Sinken der Mitgliedsziffer, welches von Woche zu Woche zu bemerken ist, nicht nur zu Bedenken An-

Tabelle A.

Bericht über die Woche vom bis		Filialen haben		Der Bericht umfaßt Prozent der		Arbeitslose und unterstützungsberechtigte Mitglieder		Arbeitslosenunterstützung		Zuschuß aus der Sparkasse
		berichtet	nicht berichtet	sämtl. Mitglieder	männl. Mitglieder	zusammen	männliche	an Personen	Mr.	Mr.
3. 8.	8. 8.	192	180	62,5	61,0	13 840	—	—	—	17 820,—
10. 8.	15. 8.	211	111	82,5	82,2	18 828	12 158	11 215	46 668,—	59 860,—
17. 8.	22. 8.	242	80	88,5	87,8	21 257	13 417	16 748	73 539,—	58 780,—
24. 8.	29. 8.	278	49	92,7	92,9	22 785	14 446	20 246	84 985,—	56 815,—
31. 8.	5. 9.	228	94	89,4	89,4	19 889	12 062	18 847	76 562,—	57 925,—
7. 9.	12. 9.	240	82	93,9	94,2	20 337	12 208	18 173	77 374,—	48 145,—
14. 9.	19. 9.	209	113	89,8	89,9	16 219	9 869	14 702	57 598,—	43 270,—
21. 9.	26. 9.	166	153	76,3	78,0	13 539	7 823	12 129	49 990,—	41 455,—
28. 9.	3. 10.	144	177	71,9	72,5	10 659	5 900	9 984	40 619,—	24 220,—
5. 10.	10. 10.	168	150	80,9	80,3	10 529	5 938	8 947	36 810,—	17 210,—
12. 10.	17. 10.	166	151	81,0	82,2	7 680	4 121	6 898	30 153,—	6 285,—
19. 10.	24. 10.	161	156	83,2	83,0	6 651	3 646	5 669	18 720,—	8 890,—
26. 10.	31. 10.	167	149	79,6	79,2	4 517	2 633	4 188	13 654,—	4 568,90
2. 11.	7. 11.	176	141	83,5	83,9	4 709	2 586	3 335	10 982,—	3 695,—
9. 11.	14. 11.	198	118	88,2	83,9	2 780	1 468	2 729	8 785,—	2 280,—
16. 11.	21. 11.	194	122	87,4	88,1	2 161	1 227	1 821	5 968,—	2 725,—
23. 11.	28. 11.	209	108	91,0	91,7	1 448	603	1 633	5 255,—	1 455,—
30. 11.	5. 12.	217	100	89,5	89,9	1 566	835	1 323	4 138,—	2 130,—
7. 12.	12. 12.	207	110	91,0	90,2	1 689	880	1 277	4 750,—	8 855,—
14. 12.	19. 12.	197	120	86,3	86,4	1 830	929	1 457	4 994,—	1 895,—
21. 12.	26. 12.	170	147	80,7	81,6	2 261	1 27	1 471	5 090,—	4 150,—
Zusammen		—	—	—	—	—	—	—	656 074,—	467 068,90

Tabelle B.

Gau	Mitglieder am Ende des 2. Quartals 1914			Mitglieder zu Ende Dezember 1914			Summ. Geer	Mitgliederverluste			Insgesamt
	männl.	weiblich	zusammen	männl.	weiblich	zusammen		männl.	weiblich	zusammen	
Hannover	4917	4686	9553	3587	3870	7457	647	488	766	1249	2096
Cassel	2195	796	2991	1457	709	2166	581	207	87	294	825
Erfeld	5598	1398	6996	8950	1143	5098	1200	448	255	708	1908
Düsseldorf	7456	604	8060	4980	525	5455	1850	676	79	755	2605
Börsch	2727	1421	4148	1195	851	2046	787	745	570	1815	2102
Stuttgart	2030	1624	3654	1189	1222	2411	497	844	402	746	1243
Augsburg	2096	2406	4502	1214	1952	3166	589	298	454	747	1336
Gera	18022	12109	25131	9661	11478	21139	2364	997	681	1628	3992
Blauen i. S.	8268	2906	11264	5131	2327	7458	2344	798	660	1462	3906
Chemnitz	16048	8899	24947	11481	7829	19810	3352	1215	1070	2225	5637
Neugersdorf	4174	3987	8141	3102	3442	6544	869	203	525	728	1597
Leipzig	3908	4072	7975	3020	3557	6577	757	126	515	641	1398
Berlin	8558	7174	15732	6339	6843	13182	1675	544	831	875	2550
Verband	80992	52102	133094	56256	45748	102004	17662	7074	6564	13428	31090

laß, sondern auch zu lebhafter Tätigkeit, um neue Mitglieder zu gewinnen. Es heißt verteuert reagieren, um den Abgang durch Zugang wettzumachen. In der vorstehenden Tabelle B geben wir eine Zusammenstellung über die Mitgliederbewegung in den ersten fünf Kriegsmonaten nach Gau an geordnet.

Rund 31 000 Mitglieder hatten wir also in den ersten fünf Kriegsmonaten verloren, darunter 13 1/2 Tausend, die zum größten Teil ihrer Organisation gerade in der schwierigsten Zeit fahnenflüchtig geworden sind. Das ist sicher im Interesse der Zukunft der deutschen Textilarbeiterschaft sehr bedauerlich. Doch das eine steht fest: Die Organisation wird auch das überleben. Wir führen aber diese Ziffern hier an, um den der Organisation treu gebliebenen Mitgliedern zu zeigen, wie dringend nötig die weitere Werbearbeit zur Ausbreitung der Organisation ist. Wir haben dafür zu sorgen, daß nach dem Kriege überall der Prozentfuß organisierter Arbeiter vorhanden ist, der erste Voraussetzung ist zu gemeinschaftlichen Aktionen. Nach dem Kriege kehren unsere Kollegen, die jetzt ihr Leben für die Sicherung unserer Existenz in die Schanze schlagen, zurück, um in unseren Reihen den Kampf weiter zu kämpfen, den sie schon vorher mit uns gekämpft haben. Und wir wissen, jene zurückkehrenden Kollegen werden in Zukunft zu unseren besten Mitkämpfern gehören, denn sie haben in der harten Zeit des Krieges, wo sie tausenderlei Gefahren ausgekostet waren, Kampfstreue und Solidarität in ganz anderer Weise werten gelernt, wie das sonst im gewöhnlichen Leben zu geschehen pflegt.

Wir Daheimgebliebenen dürfen aber in der Kampfstreue und Solidarität unseren Brüdern im Felde um nichts zurückstehen. Daher ergeht hiermit der Ruf an alle:

In Reih und Glied jetzt, Frau und Mann,  
Im heiligen Kriege, den wir nun führen!  
Wer jetzt noch abseits stehen kann,  
Das ist ein Knecht bis in die Hieren!

### Die im Schützengraben und wir.

Der Vorsitzende des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes, Genosse Sedmann, schreibt irgendwo aus dem Westen vom Schützengraben her an den Redakteur des Verbandsorgans:

„Deinen im Schreiben vom 9. 12. 14 entwickelten Ansichten kann ich mich im allgemeinen anschließen, besonders die Notwendigkeit der Bewilligung der Kriegskredite scheint mir schlagend dazutun. Was mich aber ein wenig wundert, ist die Tatsache, daß Ihr Euch mit solchen Beweisen überhaupt abquälen müßt! Vielleicht denken und empfinden wir, die wir im Felde stehen, ein wenig anders als gewisse Maulhelden und Brahlhänse, die mit feim gepuckten Stiefeln daheim hinter dem Schreibtisch sitzen und das Bedürfnis empfinden, der staunenden Mit- und Nachwelt ihre verschrobene Ideen mit großartiger Pose vorzutragen, damit ihre werte Person ja nicht vergessen werde. Gewiß haben wir den Krieg nicht ge-

### Für Mutter und Kind.

#### Die Rechtslage unehelicher Kriegerkinder.

Der von der Stadt Jürth i. Bay. angestellte Berufsvormund Herr Burghart veröffentlicht über die Rechtslage der unehelichen Kriegerkinder folgenden Aufsatz, der jetzt allgemeines Interesse hat. Er schreibt:

„Durch das Reichsgesetz vom 4. August 1914, betr. die Unterstützung von Familien vom Dienste eingezogener Mannschaften, wurden bekanntlich nicht nur die Mindestsätze erhöht, sondern es wurde auch der Kreis der Unterstützungsberechtigten auf die unehelichen Kinder der zum Kriegsdienst Eingezogenen ausgedehnt. Damit ist ein neuer, weit über die Bedeutung dieses Gesetzes hinausragender, außerordentlich sozialer Gedanke in unser gesamtes Rechtsleben hineingetragen worden: die Gleichstellung ehelicher und unehelicher Kinder hinsichtlich des aus dem familienrechtlichen Verhältnis zum Vater abgeleiteten öffentlich-rechtlichen Unterstützungsanspruchs. Der starre Rechtsfuß, daß das uneheliche Kind mit seinem Vater nicht verwandt sei, der leider auch in die Auslegung der Versicherungsgesetze hinübergespielt und dort das uneheliche Kind vom Begriff des „Angehörigen“ ausschließt, hat dadurch eine Abschwächung erfahren. Die aus dem sozial-ethischen Bewußtsein geborene Idee, daß der Vater zu seinem unehelichen Kinde doch in einem engeren Verhältnis stehe als ein gewöhnlicher Schuldner zu seinem Gläubiger, wird sich nun bald zur rechtspolitischen Verdichtung und dazu führen, daß von diesen Kindern der Liebe die Schande der unehelichen Geburt genommen und sie in ein Verwandtschaftsverhältnis zu ihrem Erzeuger gesetzt werden. Als guter Anfang hierzu kann wohl die in verschiedenen grundlegenden Entscheidungen der Obergerichte zum Ausdruck gekommene Rechtsauffassung begrüßt werden, wonach im Sinne des § 361 Ziffer 10 des R.St.G.B. auch der Vater eines unehelichen Kindes als dessen „Ernährer“ anzusehen ist. Ein bedeutungsvoller Schritt nach vorwärts wäre aber erst getan, wenn es gelänge, den unehelichen Kindern nun auch die Gebühren der Hinterbliebenenversorgung der gefallenen Krieger zuteil werden zu lassen. Man kann die empfindsame Härte, die in der Versorgung der Hinterbliebenenrente gegenüber den unehelichen

Kindern liegt, heute gar nicht mehr begreifen. Warum soll denn eigentlich das uneheliche Kind, dessen Ernährer im Felde den Heldentod fürs Vaterland starb, von demselben Vaterland damit gestraft werden? Kann denn das uneheliche Kind etwas dafür, daß es unehelich ist? Tragen denn nicht oft die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern Schuld, daß eine Seirat nicht zustande kam? Und ist es letzten Endes nicht bloß das mehr der unehelichen Mutter geltende Gefühl der Miskachtung seitens der bürgerlichen Gesellschaft, das immer wieder die soziale Zurücksetzung der unehelichen Kinder bewirkt? Ohne einer völligen Gleichstellung, die zu einem national und sittlich bedauerlichen Rückgang der Seiratsziffer führen könnte, das Wort reden zu wollen, so ist es doch endlich einmal an der Zeit, ernstlich zu erstreben, daß eheliche und uneheliche Kinder da gleich behandelt werden, wo allgemeine wirtschaftliche und soziale Verhältnisse eine Gleichheit des Rechtszwecks bedingen. Wenn das Reich gesetzmäßig den Kindern der Kriegsteilnehmer die Hinterbliebenenrente auszahlt, so tut es dies deshalb, weil der Gefallene gegenüber seinen Kindern eine Unterhaltspflicht hatte, in die es gewissermaßen an Stelle des toten Helden eintritt. Und das Vaterland übernimmt diese Pflicht als Preis für das Leben, das der Krieger für dessen Ruhm und Ehre hingegeben hat. Leistung um Gegenleistung! Welche Verschiedenheiten der Ansprüche zwischen ehelichen und unehelichen Kindern lassen sich angesichts dieses Grundgedankens der Verorgung rechtfertigen? Ist nicht auch der uneheliche Vater an der Erfüllung seiner Unterhaltspflicht durch das Ausruhen ins Feld gehindert worden, wird nicht auch sein Kind durch seinen Tod wasserlos, erbittet es nicht auch von dem jetzt sein Brot, der den Heldentod seines Ernährers gefordert hat? Weg also mit aller formal-juristischen Argumentation, die mit dem Verlangen der Verwandtschaft zum Vater und dem Hinweis auf die volle Unterhaltspflicht der Mutter das Kind um das Kriegs-Äquivalent des väterlichen Unterhalts bringen will. Hier wird diese bürgerliche rechte Auffassung von der Stellung des unehelichen Kindes zu seinem Vater zur Unmoral, das vielleicht in anderer Hinsicht sittlich wirkende Fehlen eines engeren Familienbandes zur grausamen Härte.

Auf welchem Rechtstitel die Unterhaltspflicht beruht, ist gleichgültig; ausschlaggebend ist, daß sie besteht. Der rechtsdogmatische Streit über die Grundlage der Unterhaltspflicht,

ob Verwandtschaft oder Schuldverhältnis, ist hier unfruchtbar. Es muß daher gefordert werden, daß der Kreis der Unterstützungsberechtigten nach dem Hinterbliebenenversorgungsgesetz vom 17. Mai 1907 auf die unehelichen Kinder der eingezogenen Mannschaften ausgedehnt wird. Das könnte sehr einfach dadurch geschehen, daß im Text dieses Gesetzes überall statt „die Witwen und die ehelichen und legitimierte Kinder“ die Worte „die Witwen und die Kinder“ gesetzt würden, wobei durch einen Zusatz, um alle Zweifel anzuschließen, auszusprechen wäre, daß als Kinder im Sinne des Gesetzes auch die unehelichen Kinder anzusehen seien. Die von mancher Seite anempfohlene Beschränkung auf die Kinder, die Anspruch auf die Kriegsunterstützung nach dem Reichsgesetz vom 4. August 1914 haben, sollte besser nicht in das neue Gesetz aufgenommen werden. Sonst würde sich daraus eine Benachteiligung der unehelichen Kinder von Offizieren und aktiven Mannschaften ergeben, die sich nicht rechtfertigen ließe. Der Zweck beider Gesetze ist verschieden, das Gesetz vom 4. August 1914 kann daher nicht ohne weiteres ein Muster für das neu zu schaffende Gesetz für die Versorgung unehelicher Kriegerkinder nach dem Kriege bilden. Es ist zu bedenken, daß die unehelichen Kinder der Offiziere und der aktiven Mannschaften nur deshalb von der Wohlthat des Gesetzes vom 4. August 1914 ausgenommen sind, weil man sie durch den Krieg nicht besser stellen wollte, als sie vor dem Kriege gestanden sind. Dieser Gedanke spielt beim Hinterbliebenenversorgungsgesetz keine Rolle. Leitend ist nur die Erwägung, daß die Kinder durch den Krieg ihres Ernährers oder Unterhaltspflichtigen beraubt sind. Ob dieser vor dem Krieg tatsächlich den Unterhalt bestritten hat, muß, nachdem nicht einmal das Gesetz vom 4. August 1914 diesen Umstand berücksichtigte, hier erst recht als belanglos gelten.

Nächst den unehelichen Kindern hat die Allgemeinheit ein lebhaftes Interesse daran, daß das Gesetz vom 17. Mai 1907 in dem erstrebten Sinne geändert wird. Durch die an die Pflegetellen unehelicher Kinder jährlich zu zahlenden Kostgelder wachsen die Armenlasten immer mehr an. Es ist zu erwarten, daß die Zahl der Hilfsbedürftigen nach dem Kriege noch ungeheuer steigt. Die unehelichen Kinder, deren Väter im Felde gefallen sind, werden in Städten mit dichter Arbeiterbevölkerung zum überwiegenden Teile der Armenpflege anheimfallen, wenn nicht erreicht wird, daß die Gebühren

wollt, aber nun er einmal gegen unseren Willen da ist, können wir nicht mit den Händen in den Hosentaschen zusehen, als ob uns die Sache nichts angehe, sondern wir müssen alles tun, um in dem uns aufgezwungenen Kampfe Sieger zu bleiben! Wer das unfaßliche Elend der Bevölkerung in den Gebieten kennt, in denen der Krieg hat (von dem oft unerklärlichen Verlust materieller Güter ganz abgesehen), der bedarf keiner weiteren Gründe mehr für die Bewilligung der Kriegskredite, denn er müßte ein Narr sein oder noch Schlimmeres, wenn er nicht alles aufböte, die Schrecken des Krieges möglichst von unseren Grenzen fernzuhalten. Schließlich steht das Wohlergehen unseres eigenen Volkes und damit auch der Arbeiter höher als die Träume unverheißlicher Trümpfer. Vielleicht sehen wir uns nach dem Kriege einmal mit den Teuten auseinander; jetzt wäre das unnötige Zeitverschwendung."

Ähnliche Äußerungen von Mitgliedern unseres Verbandes, welche die Leiden des Krieges in der Front mitmachen, sind uns ebenfalls schon reichlich zugegangen, und wir haben auch schon einiges davon zum Abdruck gebracht. Aus all diesen Zuschriften geht zweierlei hervor: erstens die Sorge um die Erhaltung der Unabhängigkeit der deutschen Nation als Grundlage für die kulturelle Weiterentwicklung der deutschen Arbeiterklasse zu höheren Lebensformen, und zweitens der Wunsch, dieses Ziel recht bald durch einen dauernden Frieden verwirklicht zu sehen. Daß diese Sorge unserer im Kriege stehenden Kollegen um die Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit Deutschlands, als der Grundlage, von der aus die deutsche Arbeiterklasse ihren sozialen Kampf erfolgreich weiterführen kann, eine nur zu begründete ist, dafür haben uns in den letzten Tagen die Schreckensurteile erneuten Beweis geliefert, die von den zaristischen Schergenorden gegen 74 russische Gewerkschaftsangehörigen gefällt worden sind. Aus Paris wurde unterm 11. Januar 1915 berichtet:

"Humanité" erfährt aus Odessa, daß der sozialdemokratische Agitator Adamowitsch sowie 73 seiner Genossen wegen eines Gewerkschaftsblattes, welches der Zensur nicht vorgelegt worden war, sich vor dem Odessaer Gericht verantworten mußten. Adamowitsch wurde zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien, zwei Genossen zu mehreren Jahren Zwangsarbeit, die übrigen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Aus Petersburg wird unterm selben Datum weiter berichtet:

Sämtliche Kosakenstruppen sollen mit der Zeit aus der Front ins Innere des Reiches abgedrängt werden. Kosakentransporte treffen bereits in den großen Städten ein. Diese Maßnahme erscheint insofern notwendig, als Kosaken sich besser zur Unterdrückung von Volksunruhen eignen, die in den großen Zentren auszubrechen drohen.

So sieht die "Freiheit" aus, die uns französische, belgische und englische Sozialdemokraten bringen würden, wenn es, was sie schließlich wünschen, gelingt, Deutschland zu besiegen. Wir wissen wohl, daß jene Sozialdemokraten eine solche "Freiheit" für die deutsche Arbeiterklasse nicht wollen. Nach einem Privattelegramm des "Vorwärts" vom 12. Januar 1915 beschloß eine Konferenz der britischen Gewerkschaften in der "Memorial Hall" in London einen Protest gegen die Verfolgungen und Verurteilungen russischer Gewerkschaftler. Die Konferenz forderte Sir Edward Grey auf, bei der russischen Regierung zugunsten der Verurteilten zu intervenieren und auf eine Behandlung der Gewerkschaften zu dringen, die den Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit entspricht, wofür, wie man annahm, die Militären kämpfen. Dieser Protest ehrt ja die britischen Gewerkschaftler sehr, allein er zeigt aber auch, wie total unzureichend sie infor-

der Hinterbliebenenversorgung auch den unehelichen Kindern zugute kommen. Das Anschwellen der Armenlasten aber bedeutet eine Erhöhung der gemeindlichen Steuern, die nach dem Krieg ohnehin gewiß nicht niedriger werden. So übt also das erwähnte Gesetz seine Wirkung selbst auf den einzelnen Bürger aus, und die Bestrebungen des Archivs deutscher Berufsvormünder und des Vereins für Mutterschutz werden zu einem Gesamtwunsch des deutschen Volkes.

An den Volksvertretern im Reichstag liegt es nun, diesem Wunsche zur Erfüllung zu verhelfen. Sie werden die notwendige Folge aus ihrer Haltung bei Verabschiedung des Gesetzes vom 4. August 1914 ziehen und die Reichsregierung, falls sie nicht selbst einen Gesetzentwurf einbringt, veranlassen, einen solchen zugunsten der unehelichen Kinder vorzulegen. Bedauerlich ist nur, daß bis zur Schaffung des Gesetzes noch reichlich viel Zeit verfließt, während deren noch viel Not und Elend infolge des gegenwärtigen Rechtszustands entstehen kann. Da bleibt nur der eine Trost, daß die Hinterbliebenenrente einst vom Tage des Todes des Gefallenen an nachbezahlt werden wird.

Findet der in diesen Zeilen ausgedrückte Wunsch die Sympathie der Reichstagsfraktion im März d. J., dann ist ein weiterer Stein zum sozialen Ausbau des Rechtes der unehelichen Kinder herbeigetragen."

Hierzu wird nun folgendes bekannt:

Ein erfreuliches Resultat hat die Bemühung gehabt, die Einbeziehung der unehelichen Kinder wie in die Kriegsunterstützung, so auch in die Hinterbliebenenunterstützung der Kriegsteilnehmer zu erreichen, wie der Bund für Mutterschutz in einer Petition von Bundesrat und Reichstag verlangt hat. Die Regierung hat durch ihren Vertreter die Zulage gegeben, daß zunächst provisorisch durch Verordnung, späterhin durch Ergänzung des Gesetzes von 1907 für die hinterbliebenen unehelichen Kinder im Sinne dieser Petition gesorgt werden soll.

Endlich ist eine der wichtigsten Forderungen in der sozialen Gesetzgebung erfüllt worden: die Anerkennung der Pflicht der Gemeinschaft auch den unehelichen Kindern gegenüber."

miert sind, wenn sie annehmen, England und Frankreich kämpften im Bunde mit Rußland um Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit; nein, um Prinzipien der kapitalistischen Raubwirtschaft kämpfen sie! Der Protest in allen Ehren; die deutschen Arbeiter aber werden gut tun, wenn sie alles tun, um zu verhindern, daß durch eine Niederlage Deutschlands die Kosaken auf die Arbeiterschaft losgelassen werden. Denn solche Proteste der britischen Gewerkschaften geben uns keinerlei Gewähr, daß die Gewerkschaften im Falle einer Niederlage Deutschlands von den russischen Gewalthabern eine Behandlung erfahren, die den in England für die Gewerkschaften geltenden Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit entspricht. Wir glauben um so weniger an die Wirksamkeit dieses Protestes, da die russischen Gewalthaber ebenso wie wir wissen, daß es bei den englischen Gewerkschaftsführern mit der Sorge um das Wohlergehen der deutschen Arbeiter und ihrer Familien nicht weit her sein kann; denn sonst würden sie sich nicht dazu hergegeben haben, öffentlich zu dem Wirtschaftskrieg aufzufordern, den die kapitalistische Regierung in England gegen die deutsche Industrie und damit auch gegen die an dem Kriege doch völlig unschuldige deutsche Arbeiterschaft führt, um sie zum Wohle des englischen Kapitalismus recht empfindlich zu schädigen. Zu den Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit gehört doch vor allem, Handlungen zu verhindern, durch welche am Kriege völlig unbeteiligte Männer, Frauen und Kinder der Arbeitslosigkeit, dem Elend und Hunger überliefert werden sollen.

Die englische Regierung hat jetzt in einer Antwort auf eine Beschwerde der amerikanischen Regierung wegen der Beschlagnahme von Lebensmittelvorräten geantwortet, sie sei bereit, zuzugeben, daß Lebensmittel nicht beschlagnahmt werden sollten, wenn sie nicht für den Feind bestimmt wären. Da die englische Regierung sämtliches Getreide beschlagnahmt läßt, von dem sie annimmt, daß es für Deutschland sein könnte, so beweist sie mit dieser brutalen und völkerrechtswidrigen Handlung, daß sie nicht nur den deutschen Militarismus, sondern das ganze deutsche Volk, also auch die Millionen unschuldiger Greise, Frauen und Kinder als den Feind Englands betrachtet. Ist es da nicht eine Brutalität, die zum mindesten mit jener der zaristischen Senfesknechte auf eine Stufe gestellt werden muß, wenn die englische Regierung ihre Militärmacht zur See dazu benützt, den Millionen deutscher Frauen und Kinder die Lebensmittelzufuhr abzuschneiden, um sie dem Verhungern zu überliefern? Bis jetzt ist nur der Protest eines Mannes mit menschlichem Gefühl in England gegen diese Brutalität bekannt geworden. Der hervorragende englische Nationalökonom, Schriftsteller und Politiker J. A. Hobson erhebt in der englischen Presse einen energischen Protest gegen die jetzt von England praktizierte Konterbandepolitik. Er weist darauf hin, daß die amerikanische Protestnote eine schwere Beschuldigung gegen England erhebt, nämlich die, daß es die Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland verbietet; die nicht für die bewaffneten Streitkräfte, sondern für die Zivilbevölkerung bestimmt sind. Hobson fordert von der Regierung eine zufriedenstellende Antwort auf diese "Anfrage". "Ein solcher Anspruch (die Anhaltung von Lebensmitteln ohne Beweis, daß sie für das Militär bestimmt sind)," sagt Hobson, "wäre unterer Geschichte und der Sache, der wir zu dienen vorzugehen, unwürdig. Es ist unsere Aufgabe, die deutschen Kombattanten zu schlagen, nicht aber, die Nichtkombattanten auszuhungern." Deshalb müsse die englische Regierung ihre neue Konterbandepolitik schleunigst widerrufen.

Wir sind überzeugt, der Protest dieses menschlich fühlenden Engländer wird unwirksam verhallen — zur ewigen Schande Englands. Aber ebenso überzeugt sind wir, daß die Brutalität der englischen Regierung den gewünschten Erfolg, das deutsche Volk auszuhungern, nicht erreichen wird, dank der Umsicht, die bei uns im großen wie im kleinen, im Haushalt des Staates, der Kommunen wie der Familien organisiert worden ist bzw. noch organisiert werden muß. Wichtig ist allerdings, daß sich alle Bevölkerungskreise des Ernstes bewußt sind, der darin liegt, daß die englische Regierung die barbarische Absicht hat, das deutsche Volk, welches mit Waffengewalt nicht niedergeworfen werden kann, durch den Hunger niederzuwerfen.

Deutschland kann nicht durch Hunger niedergeworfen werden! Es ist der Vorstand der Abteilung für Landwirtschaft im bayerischen Ministerium des Innern, v. Braun, der hinsichtlich dieser Frage zu dem Ergebnis kommt, daß die Getreidevorräte für jede Dauer des Krieges ausreichen, "wenn 1. jede Verwendung zu gewerblichen und zu Fütterungszwecken unterbleibt, 2. der Weizen teilweise durch Roggen, Gerste und Kartoffeln ersetzt wird und 3. eine möglichst sparsame Verwendung durch höchstmögliche Mehlausbeute bei der Vermahlung stattfindet". Auf Grund dieser Feststellungen schreibt Ministerialrat v. Braun:

"Es wäre allerdings an der Zeit, daß Ernst gemacht wird, denn die Mahnungen, die von der Regierung und in der Presse an die Bevölkerung gerichtet worden sind, haben bisher kaum einen Erfolg zeitigt. Die Mehrzahl der Deutschen hat noch nicht so recht begriffen, daß wir in dem gigantischen Kampf gegen eine Uebermacht stehen, und daß dieser Kampf nur dann zu einem siegreichen Ende geführt werden kann, wenn alle Volksteile, nicht nur unser Heer, ihre Pflichten bis zum äußersten erfüllen. Nach dem ersten lähmenden Eindruck der Kriegserklärungen haben die glänzenden Erfolge der ersten Kriegswochen in weiten Kreisen eine Sorglosigkeit hervorgerufen, die zu unserer Lage ebensowenig paßt wie ratlose Aengstlichkeit. Ein Teil der Bevölkerung glaubt, nachdem wir ja im Lande völlige Ruhe und Ordnung haben, ebenso weiterleben zu können wie im Frieden, und läßt alle wohlmeinenden Ratsschläge unbeachtet. Das ist eine Auffassung, die ernste Folgen haben kann. Es besteht, wie gesagt, kein Anlaß, zu befürchten, daß wir ausgerechnet werden könnten; aber wir müssen der gewiß nicht leichten Lage, in der wir uns befinden, entschlossen und mit voller Klarheit ins Auge sehen. Und wer das tut, kann nicht im Zweifel sein, daß die sorglose Verschwendung des Weizens, wie man sie bis jetzt noch überall beobachten kann, nicht so weitergehen darf. Das Opfer, auf das keine Weizengeböck zu verzichten,

ist im Verhältnis zu den unsäglichen Entbehrungen und Strapazen, die unsere braven Truppen ohne Murren ertragen, wirklich so gering, daß es sicher jeder Deutsche willig bringt, und es ist nur die Unkenntnis oder Gedankenlosigkeit, die eine Umkehr bisher verhindert hat."

Wir sind überzeugt, daß wir nicht nötig haben, einen besonderen Appell in dieser Frage an die Textilarbeitererschaft zu richten; bei ihr war ja größtenteils immer Mangel vorhanden. Immerhin ist es gut, wenn auch sie den Ernst der Situation richtig ins Auge faßt.

Es steht in diesem Kriege für die deutsche Arbeiterklasse viel zu viel auf dem Spiele, als daß es nicht als zwingende Notwendigkeit erachtet zu werden brauchte, daß sich auch jeder Textilarbeiter und jede Textilarbeiterin der Pflicht bewußt sein müsse, jedes in der gebotenen Weise und an seinem Platz, dafür zu sorgen, daß der Bestand und die Unabhängigkeit Deutschlands erhalten bleibe, und daß dieser gesicherte Existenzzustand Deutschlands möglichst bald durch einen dauernden Frieden herbeigeführt werde, um unsere Brüder im Felde aus der Furchterlichkeit des Krieges zu befreien und ihrer Familie wiederzugeben.

Deshalb verbietet es sich aber auch von selbst, daß Leute aus jenen Kreisen, von denen der Genosse Heckmann spricht, in den Kreisen ausländischer Sozialisten die falsche Meinung zu bestärken suchen, die Masse der organisierten deutschen Arbeiterschaft stehe in diesem gewaltigen Kriege nicht auf Seiten derer, die ihr Vaterland nicht zertrümmert haben wollen. Es ist ein sehr frevelhaftes Spiel mit dem Leben und der Gesundheit der Männer, die Tag und Nacht in der Gefechtszone der Gefahr des Todes oder der Verstümmelung ausgesetzt sind, wenn durch die Bestärkung solcher falscher Meinung im Ausland der Widerstand schließlich bis zum äußersten angefeuert wird, in der total irrigen Annahme, man tue der deutschen Arbeiterklasse eine Wohlthat an, wenn man mit dem Daransehen des letzten Hauches von Mann und Weib Deutschland besiege. Wir glauben nicht daran, daß die Besiegung Deutschlands jemals gelingen werde. Daher aber wollen wir, daß dem grausamen Spiel mit Menschenleben bald ein Ende gemacht werde und deshalb verstehen wir und bitten wir dringend zu beachten

obige fernige Sprache unserer Kampfesbrüder im Schützengraben.

### Frauenversammlungen während des Krieges.

In vielen Orten des Reiches haben seit Kriegsausbruch Frauenversammlungen stattgefunden, die sich eines sehr starken Besuches erfreuten. Durchweg haben sie sich mit den Maßnahmen der Hilfsaktionen befaßt, die in allen größeren Orten unternommen worden sind.

Den Frauen ist in diesen Versammlungen Rechtsbelehrung erteilt worden über ihre Ansprüche an die städtischen und staatlichen Unterstützungen, über das Mietrecht, die Mietbeihilfe und die in vielen Orten eingerichteten Mietämter. Es wurde ihnen mitgeteilt, wo sie ihre Kinder unterbringen können, wenn sie selbst der Erwerbsarbeit nachgehen, wo Arbeitsgelegenheit nachgewiesen wird, wer bei Krankheit und im Wochenbett ihnen beisteht und sie pflegt und vieles andere mehr. Und diese Belehrungen waren den meisten Frauen nicht nur Wegweiser und Ratgeber bei materieller Not, sie waren ihnen vielmehr eine Erlösung aus der Vereinsamung, eine Befreiung vom Gefühl des Verlassenseins, oft genug von Verzweiflung.

Ende November und Anfang Dezember v. J. haben auch in Berlin eine Anzahl stark besuchter Frauenversammlungen stattgefunden, deren Tagesordnung lautete: "Wer hilft den Frauen der Krieger und der Arbeitslosen?" Unter diesem Thema ist zunächst die ganze Hilfsaktion besprochen worden. Es wurde des weiteren dargelegt, welche Anträge der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften der Regierung unterbreitet haben, um eine durchgreifende Fürsorge für die Kriegerfrauen und für die Arbeitslosen herbeizuführen; welche Vorschläge die gleichen Körperschaften der Regierung machten, damit die Bevölkerung bestmöglich mit Nahrungsmitteln versorgt und durch die Festsetzung von niederen Höchstpreisen vor der Auswucherung durch Spekulanten bewahrt werde. Bei dem allen wurde, wieder und wieder betont, daß es ein soziales Recht ist, daß die Frauen der Krieger und die Arbeitslosen in Anspruch nehmen, wenn sie sich ihre Unterstützung holen, ein Recht, das für die Frauen der Einberufenen zudem gesetzlich anerkannt worden ist. Es wurde gesagt, daß die Empfangenden deshalb zwar freundlich und höflich zu sein hätten, wie es sich für jeden anständigen Menschen geziemt, jedoch nicht kriechend und hundenedemütig.

In den Versammlungen wurde aber auch die Frage aufgeworfen, ob denn nur Staat und Gesellschaft Pflichten gegen die Frauen zu erfüllen hätten oder ob nicht auch die Frauen Pflichten gegen die Gesamtheit erfüllen müßten? Und diese Frage wurde mit einem sehr energischen und nachdrücklichen "Ja" beantwortet. Auch die Frauen haben ernste, unabwiesbare, heilige Pflichten gegen die Gesamtheit zu erfüllen, vor allem aber auch gegen unsere im Felde stehenden Genossen. Täglich müssen diese aufs neue durch all das Grauen des furchtbaren Krieges hindurch. Sie haben die fast übermenschlichen Strapazen der Riesenmärsche, der Sturmangriffe im feindlichen Kugelregen, die harten Beschwerden in den Schützengraben zu ertragen. Und zu den körperlichen Leiden gesellen sich die seelischen Qualen: der Schmerz und die Trauer über die Vermüstung blühender Fluren, prächtiger Städte, idyllischer Dörfer, über die Vernichtung herrlicher Denkmäler alter Baukunst, Meisterwerke der Malerei, Zeichnungen der Literatur, Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungen. Stärker aber, weit stärker als die herbe Trauer um die Zerstörung so vieler Kunstwerte ist der bohrende Schmerz um die Massenvernichtung warmen Menschenlebens, um den Verlust so vieler treuer Kameraden, die bald rechts, bald links von den Genossen, bald vor ihren Augen, bald hinter ihrem Rücken fallen, bis schließlich sie selbst an die Reihe kommen. Das alles zu ertragen, dazu gehört viel, sehr viel Körper- und Nervenkraft.

Während die Soldaten im Felde Riesenopfer bringen, können sie von denen in der Heimat und insbesondere von

ihren Frauen eines fordern: daß diese alles tun, damit die Angehörigen der Krieger, die Kinder, Eltern, Geschwister und nicht zuletzt das eigene Weib gesund an Körper und Geist erhalten bleiben. Und darum haben wir auch Sorge zu tragen, daß der Geist der Arbeit, der Barbarei, der Völkerverhetzung keine Stätte in den Familien der Volksmassen findet. Die Mütter sollten ihren Kindern wieder und wieder sagen, daß die Russen, die Franzosen und die Engländer, die im Kriege den Deutschen und Oesterreichern gegenüberstehen, nichts anderes tun, als was diese ihnen tun; daß auch sie ebensowenig wie wir den Krieg gewollt haben, und daß sie ebenso wie unsere Krieger in dem Glauben kämpfen, ihr Vaterland mit Ausbringung aller Kräfte zu verteidigen zu müssen. Sie sollten ihren Kindern sagen, daß jeder der Soldaten auf der anderen Seite daheim auch eine Mutter hat, die um ihn sorgt und weint; daß die meisten daheim auch Weib und Kinder zurückgelassen haben, die täglich mit bebender Lippe die Frage wiederholen: Ob unser Vater noch lebt? Ob er gesund heimkehren wird? So sollen die Mütter den Geist edler Menschlichkeit in den Kindern wachhalten und ihre Herzen für ein großes Erbarmen und ein schönes Mitgefühl empfänglich machen. Darf ihnen das schöne Goethe-Wort im Kriege nicht vergessen oder gar verspottet werden: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut.“

Wie wir uns innerlich zum Kriege stellen, wie sehr wir uns unablässig gegenwärtig halten, daß es eine harte, bittere Notwendigkeit ist, die uns in das blutige Ringen mit unseren früheren Kampfgenossen getrieben hat: in wie hohem Maße die sozialistischen Ideale in Herz und Hirn lebendig bleiben und all unser Tun bestimmen, davon wird es auch wesentlich abhängen, wie wir nach Beendigung des Krieges überall wieder leicht und schnell die notwendige kostbare Verständigung finden und das Band internationaler Kameradschaft und Freundschaft neu und fest knüpfen können.

Doch noch eine weitere Pflicht wurde den Frauen ins Gedächtnis gerufen: die Pflicht, im Dienste der Parteiorganisation, der Gewerkschaften und der Genossenschaften wie für die Verbreitung der Parteipresse zu wirken. Beides: die Organisationen und die Presse sind Kulturwerte, die sich die Arbeiter selber geschaffen haben, und nicht zuletzt haben die Genossen, die jetzt im Felde stehen, ihre beste Kraft dafür eingesetzt. Es wäre das Beste und Schlimmste, was wir ihnen antun könnten, wenn wir etwas unterlassen würden, das notwendig ist, diesen beiden Einrichtungen, die besten Waffen für den sozialen Aufstieg des Arbeitsvolks und seine Befreiung, intakt zu erhalten, oder wenn wir gar etwas täten, was diese Waffen zu schädigen vermöchte. Frauen, die bisher noch nicht bei uns organisiert waren, sollten jetzt in unsere Reihen treten, und die Tatsache ihres Eintritts im Feldpostbrief ihrem Manne mitteilen. Eine größere Freude könnten sie diesem sicher nicht machen. Die bereits organisierten Frauen aber müssen mit verdoppelter Kraft in der Organisation und für sie wirken.

Ferner: ohne Zeitung kann gegenwärtig kein Mensch sein. Die Frauen der im Felde Stehenden sollten deshalb die Parteipresse abonnieren und, nachdem sie selbst sie gelesen, per Feldpost ihrem Manne senden. Das Verschicken kostet bekanntlich nichts. In ihren Feldpostbriefen schreiben die Genossen, daß sie geradezu hungrig sind nach sozialdemokratischer Zeitungslektüre, daß jeder Feigen Papier gelesen wird. Da wäre es unverantwortlich, wenn die Genossinnen, die Kriegerfrauen ihren Männern nicht täglich die Parteizeitung schicken würden. Handeln die Frauen in diesem Sinne, so haben auch sie ihre Pflicht erfüllt. Ein starkes Band schöner Solidarität wird die Heimgebliebenen umschlingen, sie werden bereit und wohlgerüstet sein, die Heimkehrenden zu empfangen, wenn erst der furchtbare Krieg beendet sein wird und wir alle wieder gemeinsam für die Verwirklichung der hohen Ideale des Sozialismus wirken können.

In allen Versammlungen wurden diese Darlegungen freudig aufgenommen. Es meldeten sich zahlreiche Frauen zum Eintritt in die Partei, und in vielen Briefen an das Bureau sprachen sie ihren Dank aus für die Reden, die sie innerlich aufgerichtet und getrübt hätten.

Luisa Zich.

### Soziales.

Die Vertretung der deutschen Verbraucher hat sich, wie unsere Leser aus der Tagespresse inzwischen erfahren haben dürfen, vor kurzem der Kriegsaussschuss für Konsumenteninteressen zum Ziele gesetzt. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Abwehr der meist durch nichts gerechtfertigten Preissteigerung für viele notwendige Bedarfsartikel, besonders Lebensmittel, hat fast sämtliche Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände aller Richtungen, Konsumentgenossenschaften und soziale Wohlfahrts- und Frauenvereinigungen zu dieser gemeinsamen Gründung veranlaßt. Natürlich haben sich auch die Gewerkschaften dem Kriegsaussschuss angeschlossen. Insgesamt verfügt er bis jetzt über 7 Millionen Mitglieder, mit Angehörigen 18 Millionen Verbraucher. Als seine wichtigsten Aufgaben sieht der Kriegsaussschuss an: 1. Einrichtung einer Sammel- und Auskunftsstelle für alle Fragen, Tatsachen, Wünsche, Vorschläge auf dem Gebiete der Volksernährung und des Massenbedarfs. 2. Aufklärung und Erziehung der Konsumenten zu einem vernünftigen Verbrauch aller Vorräte. 3. Sachkundige Vertretung der Konsumenteninteressen gegenüber den Behörden, den Parlamenten und der Öffentlichkeit. 4. Bekämpfung ungerichtlich-erwerblicher Preissteigerungen sowie des Nahrungsmittel- und Arbeitswuchers. 5. Bekämpfung des Mietwuchers. Diese Arbeiten erledigt der geschäftsführende Vorstand. Er hat für die Bearbeitung des Warenwuchers, der gesetzgeberischen Maßnahmen (Höchstpreise, Produktionsverbote usw.), des Arbeits- und Mietwuchers usw. aus seinen Reihen Delegierten ernannt, die die Vertreter von Verbänden und nötigenfalls weitere Sachverständige aus der Produktion und Wissenschaft zuziehen werden. Als wichtigste Arbeit sah der Kriegsaussschuss ein Eingreifen zur Sicherstellung unserer Brotversorgung an. Er ließ daher am 12. Januar den Reichs- und Staatsbehörden eine Eingabe mit der Forderung nach Beschlagnahme unseres Brotgetreides und seine Verwendung zu einem einheitlichen Kriegsbrot abgeben. Darin wird gleichzeitig Verwahrung eingelegt gegen die von Professor Elsbacher in der „Tägl. Rundschau“ zur Verminderung

unseres Brotverbrauches (!) empfohlene Heraufsetzung unserer Höchstpreise. Auch wird die Regierung auf die Umgehung der neuen Bundesratsverordnung durch den unvernünftigen Einkauf von Mehl für die Hausbäckerei aufmerksam gemacht. Weiter sind in Vorbereitung Vorschläge im Interesse unserer Kartoffel- und Fleischversorgung. Erlangen besserer Vertretung für die Arbeitnehmerschaft bei behördlichen Verhandlungen über unsoziale Arbeitsbedingungen, schließlich organisierte Nahrungsmittelabfallverwertung durch die Gemeinden. Als Vertretung der Hauptgruppen aller angeschlossenen Stände und Organisationen, sowie zur Festlegung der großen Richtlinien besteht für den Kriegsaussschuss ein Gesamtvorstand. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin W. 35, Potsdamer Straße 56, Gh. II. Fernruf: Kollendorf 205. Es ist ferner beabsichtigt, am Sitze der Generalkommandos unterauschüsse einzurichten, denen es obliegt, die Zentrale zu unterstützen, Produktions- und Arbeitsverhältnisse gemäß den gesetzlichen Bestimmungen zu überwachen und Eingaben, Wünsche und Beschwerden an die Kommandos zu übermitteln, soweit sie zu deren Machtbereich gehören. Durch alle diese Funktionen werden die Rechte und Pflichten der angeschlossenen Verbände zur Vertretung ihrer Mitglieder in wirtschaftlichen und sozialen Fragen natürlich nicht beeinträchtigt. Mit der Hoffnung, daß es der neuen Zentralstelle gelingen möge, die Interessen der deutschen Konsumenten erfolgreich wahrzunehmen, verbinden wir die dringende Bitte an unsere Mitglieder, uns zur Weitergabe an den Kriegsaussschuss alles geeignete Material über Konsumentenfragen, wie Mitteilungen von behördlichen Maßnahmen am Ort, besonders wichtige Zeitungsausschnitte, Fälle von Waren- und Arbeitswucher usw., zu übermitteln.

### Berichte aus Fachreisen.

**Nachen.** In der Tuchweberei herrscht, verursacht durch gewaltige Heeresaufträge, Hochkonjunktur. Die Heeresverwaltung drängt dabei noch auf schleunige Lieferung. Es wird Woche für Woche unausgesetzt mit vielen Ueberstunden gearbeitet. Die Arbeiter machen die Ueberstundenhinderung ja nicht zum Vergnügen mit, sie bekämpfen in ihren Organisationen die Ueberarbeit und verlangen höhere Löhne für sie. Heute befinden wir uns aber unter einem Ausnahmezustand, und da heißt es, sich mit den gegebenen Tatsachen abfinden. Worauf es jetzt ankommt, das ist für den außergewöhnlichen Mehraufwand an Arbeitskraft auch entsprechend höheren Lohn zu verlangen. Bei manchen Fabrikanten bedurfte es entschiedener Nachhilfe, daß sie sich zu einer besseren Entschädigung verstehen konnten. Die Organisation der Arbeiter hat da manchmal wieder Gelegenheit gehabt, Zeugnis von ihrer unbedingten Notwendigkeit abzulegen. — Vielfach werden jetzt Lehrlinge eingestellt; im Augenblick sind nicht genug gelernte Weber und Weberinnen da, um die Aufträge in Nachen bewältigen zu können. Aber, fragen sich kopfschüttelnd die alten Weber, was wird daraus, wenn der Krieg oder die Kriegsaufträge zu Ende sind? Wird dann nicht etwa ein Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden sein, das leicht zu Lohnreduktionen führen kann usw.? — Hierzu ist zu sagen: Mit der Tatsache, daß jetzt viele Lehrlinge eingestellt werden, haben wir nun einmal zu rechnen. Das Für und Wider läßt sich in der jetzigen Zeit nicht nach Wunsch diskutieren. Wir haben aber dafür zu sorgen, daß die Neulingen sich der Organisation anschließen! Sofern wir das tun, haben wir weniger zu fürchten, und wir können das Weitere ruhig an uns herankommen lassen. Mögen sich dies die alten Weber und Weberinnen allerwärts merken und ihr ganzes Tun danach einrichten! Dann bangt uns vor der Zukunft nicht.

**Burthardtsdorf.** (Lohnreduktion.) Nachdem in den Strumpffabriken von Max Frau, Langer u. Sohn und Viktor Förster die Löhne um 10 Proz. gekürzt worden sind, ist nun auch die Firma Dittmer u. Förster gefolgt. Herr Albin Dittmer (Förster ist im Felde) hat eine Lohnreduktion von 8 Proz. angekündigt. Jetzt werden pro Dukend 30 Pf. gezahlt, künftig nur noch 26 Pf., dafür wird nun voll gearbeitet; wenn die Löhne herabgesetzt werden, dann wird es wieder gehen. In allen Fabriken, wo die Löhne gekürzt sind, wird mit einigen Ausnahmen voll gearbeitet, in den anderen Fabriken, wo die alten Löhne noch gezahlt werden, wird in der Mehrzahl nicht voll gearbeitet. Herr Albin Dittmer, der vor gar nicht langer Zeit selber noch in die Fabrik gehen mußte, meinte, als er auf das Auffallende seiner Handlungsweise aufmerksam gemacht wurde, ruhig, jetzt wäre es egal. Man kann also sehen, wie weit der „Burgfrieden“ ausgenützt wird. Es wird also nach dem Kriege für die Organisation reichlich Arbeit geben. Deshalb darf niemand der Organisation untreu werden. Wir müssen später wieder holen, was uns die Unternehmer jetzt nehmen. Unsere Lösung muß sein: Haltet fest an der Organisation!

**Neugersdorf-Ebersbach.** (Tödlicher Unfall.) Bei Hermann Wünsche Erben, Akt.-Ges., in Ebersbach hatte ein Mann am 21. Januar, abends gegen 1/2 10 Uhr, an einer Maschine zu tun und ist dabei von einem großen Treibriemen erfasst und zweimal um die Welle geschleudert worden, dann ist er abgestürzt und in eine Krempelmaschine gefallen. Dabei hat er beide Beine gebrochen, ein Loch im Kopfe erhalten und ist auf dem Transport gestorben. — Ein ähnlicher Fall hat sich am 9. Januar in der Mechanischen Weberei von Ernst Fritsch in Ebersbach i. Sa. zugegetragen, nur daß der Verunglückte glimpflicher davongekommen ist. Dort werden Sonnabends zum Putzen der Maschinen die Riemen abgenommen, und ehe der Betrieb anhält, werden sie, nach beendeter Putzzeit, wieder aufgelegt. Da der eigentliche Meister eingezogen worden war, hat diese Arbeit ein 15jähriger Gehilfe gemacht. Er mußte dabei eine Leiter benutzen, an welcher oben keine Haken sind. Beim letzten Riemen rutschte die Leiter nun über, und der Gehilfe wurde von der Welle erfasst und mehrere Male mit herumgeschleudert. Nur dadurch, daß es gleich gesehen wurde und der Hauptriemen heruntergerissen werden konnte, war eine Rettung möglich. Der Verunglückte ist durch den Riemen, welcher über den Brustkorb gegangen war, an die Welle gepreßt worden und war der Gefahr des Ersticken sehr nahe. Die Kleider haben ihm abgesehen werden müssen, so fest lagen sie um die Welle herum, und die Welle ist verborgen gewesen. Größeren Schaden hat der Verunglückte jedoch nicht genommen.

### Junge Frauen.

Sie schieben sorglich ihren Kinderwagen, Gedenkend, daß der liebste Mann vielleicht In dieser Stunde auf Patrouille reite, Mit seinem Glase in die Ferne spähend, Zündlichem Feuersehnd zum leichten Ziel — —

Sie gehen durch das Haus mit raschem Schritte, Ordnen und sorgen, und am Schreibtisch blinkt Die feine Schrift des Briefes, der ins Feld soll. Nur Liebe füllt und Sonnenschein die Seiten, Doch eine Träne fiel auf seinen Rand . . . — — — Ob er noch lebt, dem diese Schmerzen gelten, Ob noch gesund ihn Feindeserde trägt?

Die Nächte wissen diese Marterforgen, Sie hören stehen voll der tiefsten Angst Und Schnuchtschwärze, irrend, ohne Zahl. Jedoch der Tag sieht klare, glatte Stirnen. Sieht Augen, die in hellem Lichte stehen Und allem Fragen lächelnd Antwort geben, Als müßten sie gar keiner Sorge wehen. („Tägl. Rundschau“) Hedwig Forstmeier.

### Briefkasten.

H. Wüstenbrand. Betrag ist eingegangen. Quittiert wird jetzt nur nach Monatschluß. Gruß! W.

## Verbandsanzeigen.

### Bekanntmachungen.

**Vorstand.**  
Sonntag, den 31. Januar, ist der 5. Wochenbeitrag fällig.

### Schlussberichte von Lohnbewegungen.

Es stehen noch eine Anzahl von Schlussberichten vom Jahre 1914 aus. Die Ortsverwaltungen und Geschäftsführer der Filialen, die noch im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert, umgehend zu berichten.

Die Filialen wollen sofort ihre Abrechnungen vom 4. Quartal 1914 mit samt den Quittungen einsenden.

### Monatliche Arbeitslosenzählung.

Stichtag für die Januarzählung ist Sonnabend, der 30. Januar. Zur Einreichung gelangt die graue Karte. Alle Filialen haben zu berichten; wo keine Arbeitslosen vorhanden sind, ist immer die gegenwärtige Mitgliederzahl anzugeben. Zum Heere Eingezogene sind in Abzug zu bringen.

Mit gleicher Post sind die Fragebogen über die am 30. Januar vorzunehmende Erhebung über den Stand des Verbandes während der Kriegszeit mit einzusenden. Der Vorstand.

### Totenliste.

- Gestorbene Mitglieder.**  
Barth a. V. Offiz. Anna Kittner, 27 Jahre.  
Berlin (Bezirk Cöpenick). Berta Göring, Weberin, 46 Jahre, Krebsleiden. Heinrich Schönau, Arbeiter, 76 Jahre, Altersschwäche.  
Gumburg (Bez. Harburg). Friedrich Becker, Arbeiter, 57 J.  
Kottbus. Frieda Steinert, 29 Jahre, Krebsleiden. Paul Gräß, Weber, 64 Jahre.  
Leipzig. Marie Speer, 51 Jahre, Brustkrebs.  
Limbach i. Sa. Paula Dogen-Foll, Ruhdorf, Handschuhnäherin, 21 Jahre, Wasserfucht.  
Meerane. Emil Glaser, 58 Jahre, Lungentrankeheit.  
München. Matthias Deubler, Seiler, 60 Jahr, Herzleiden.  
Neugersdorf-Ebersbach. Alwin Peschel, Schleifer, 42 Jahre, Angiusschlag.  
Reichenau. Robert Sprenger, 44 Jahre.

### Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

- Nachen. Peter Rong, Weber, 25 Jahre.  
Berlin. Karl Rathke, Weber, 35 Jahre. Bruno Breßler, De-fateur, 41 Jahre.  
Chemnitz. Friedrich Hänel, Arbeiter, 22 Jahre. Paul Willy Höyer, Fabrikarbeiter, 22 Jahre. Anton Bauersfeld, Färber, 27 Jahre. Emil Kurt Scharfshmidt, Weber, 25 Jahre. Einfiedel. Max Groß.

- M.-Glabbad. Heinrich Frenken, Weber, 37 Jahre.  
Greiz und Umgegend. Alfred Drechsler, Weber, 25 Jahre. Helmbrechts. Martin Bodenschab, Appreteur, 23 Jahre. Hans Heinrich, Weber, 23 Jahre.  
Krefeld. Heinrich Zimmermann, 30 Jahre.  
Langenbielau. August Hilbert, 25 Jahre.  
Meerane. Max Georg Rohne, 26 Jahre. Friedrich Stöbner, 24 Jahre.  
Neugersdorf-Ebersbach. Alfred Nowack, Spinnereiarbeiter, 31 Jahre.  
Nordhausen. Otto Benjcher, 36 Jahre.  
Plauen i. B. Artur Naar, Markthelfer, 23 Jahre. Ernst Richard Bohne, Tüllweber, 25 Jahre.  
Reichenau. Max Mayer, 26 J. Sultgart. Karl Wornhümmen. Werbau. Ernst Erbshöfer, Weber, 38 Jahre.  
Zwönitz. Alfred Niesch, 23 Jahre. Walter Delsner, 23 Jahre. Ehre ihrem Andenken!

### Zusammenkünfte.

- Mitglieder-Versammlung.**  
Nachen. Sonntag, den 7. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Stupp, Alexanderstr. 109: Ausschüsse und Fabrikvertrauensleute. Alle Verbandskollegen, welche Interesse für das Verbandsleben zeigen, können teilnehmen.  
Kottbus. Sonnabend, den 6. Februar, im Konzerthaus Kottbus.  
Limbach i. Sa. Sonnabend, den 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Johannesbad“.  
Wittstock (Dosse). Sonntag, den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Löbermann, Pflanzwaller Vorstadt.

### Zahlstellen und Zahltermine.

- Berlin. (Südost.) Köpenicker Straße 165 bei Dambel.  
— (Nacht.) Waldstr. 12 bei Schleemann.  
— (Norden.) Brunnenstr. 70 bei A. Döhling.  
— (Neutölln.) Bienenstr. 60 bei Kramer.  
— (West.) Kirchhoffstr. 41 bei Wolff.  
— (Rummelsburg.) Hauptstr. 87 bei S. Boczonief.  
— (Charlottenburg.) Volkshaus (Restaurant), Rosinenstr. 3.

### Jeden Freitag:

- Berlin. (Zentralstelle.) Abends 5—9 Uhr, Geschäftsstelle, Andreaskstr. 17. (Telephon: Königstr. Nr. 1673).  
— (Stider.) 8—10 Uhr bei Eßte, Wallstr. 32/33.  
Romawes. Abends 8—9 Uhr bei Hiemte, Wallstr. 55.

### Jeden Sonnabend:

- Berlin. (Posamentierer.) Abends 6—8 Uhr bei Lohan, Neue Jakobstr. 26.  
— (Defat. u. Preßer.) Abends 7—3 Uhr bei Radke, Neue Jakobstr. 26, Ecke Inselstraße.  
— (Hand- u. Schiffschmieder u. Hilfspersonen.) Abends 8 1/2 bis 10 Uhr bei Friedr. Vog, Weberstraße 6.  
— (Weißensec.) Abends 6 bis 8 Uhr bei Paulich, Lehderstr. 5.

## Privat-Anzeigen.

(Kostenbetrag ist im Voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

**Crefeld.** Unserem treuen Kollegen **Wilhelm Dörper** nebst Frau zu ihrem 25 jährigen Ehejubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Filiale Crefeld. **Crefeld.**

Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 30. Januar

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit 6 verzeichneten Artikel Hermann Krähig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vormärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Esmilich in Berlin.